

AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS in NRW | www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Nr. 53 | Okt. 2011

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Mein Standort, meine Stadt, meine Heimat!

Die NRWSPD hat ihren Leitantrag zum letzten Parteitag überschrieben mit „Die soziale Gesellschaft braucht die soziale Stadt“. Wir, die selbständigen Unternehmerinnen und Unternehmer in NRW, sind eine Säule der sozialen Gesellschaft. Daher hier ein Plädoyer für die Standortbindung und die „Soziale Stadt“.

Man kennt die Aussage: Mein Haus, mein Auto, meine Yacht, getätigt in Verbindung mit der Präsentation entsprechender Fotos. Anstatt solchermaßen zu protzen (mir fehlt die Yacht), möchte ich auf die enge Verbindung von Heimat(-Stadt) und Standort für uns Selbständige hinweisen.

Anders als bei größeren Betrieben sind wir standortgebunden. Wir erhalten keine Steuersubventionen, um unserem Standort treu zu bleiben, wir tun das freiwillig, aus tiefster Überzeugung. Denn an unseren Standorten wohnen nicht nur unsere Kunden, sondern auch unsere MitarbeiterIn-

nen. Beide Personenkreise müssen wir durch örtliche Nähe an uns binden.

Die meisten von uns wohnen auch am Ort unserer Arbeit. Viele sind kommunalpolitisch engagiert, zusätzlich zu ihrer AGS-Arbeit. Als Arbeitgeber und Auftragnehmer, Bewohner sowie engagierter Bürger legen wir natürlich auch Wert auf eine handlungsfähige, leistungsfähige Kommune. Die finanzielle Situation in unseren Städten und Gemeinden ist aber meist tristlos.

Deswegen begrüßen wir die Initiative der Landesregierung, die Kommunen zu stärken. Deswegen unterstützen wir den Leitantrag der NRWSPD.

Die soziale Gesellschaft braucht die soziale Stadt

Deswegen ist auch der Bund gefordert, endlich seinen Beitrag zu einer ausreichenden Kommunalfinanzierung zu leisten. **Nicht nur** (aber auch!) Griechenland muss gerettet werden. Aus sozialen Gründen, aus

rein egoistisch-materiellen Gründen, aus einer selbstverständlichen Solidarität mit dem Schwächeren.

Unsere Unterstützung von Maßnahmen zu Gunsten unserer Städte und Gemeinden darf keine **Einbahnstraße** sein! Wir erwarten, dass die Kommunen uns nicht nur als zu melkende Kuh wahrnimmt, sondern ihre Selbständigen pflegt, als Bürger und verlässliche Gewerbesteuerzahler.

Beim Thema Milchkuh und Gewerbesteuer muss klar sein: Selbständige tragen durch ihre Gewerbesteuerzahlungen selbstverständlich zur Finanzierung ihrer Städte bei. Die Gewerbesteuer darf aber nicht als Mittel zur Sanierung der Kommunalfinanzen herhalten – das können wir nicht leisten. Die Milchkuh will gefüttert werden und braucht Pflege. Das heißt:

1. **Gewerbesteuer:** Hebesätze sollten in Ihrer Bandbreite beschränkt werden, schon deshalb, damit die Wettbewerbssituation zwischen reichen und armen Kommunen nicht noch ungünstiger für die armen Kommunen wird. Die Lasten der Gewerbe-

Inhalt

seite 1

Mein Standort, meine Stadt,
meine Heimat!.....1

Die AGS in Bund und Land

AGS-Bundesausschuss tagte
am 27.09. in Berlin2
AGSNRW im Gespräch mit Ge-
neralsekretär Mike Groschek3
AGS / OV Kleve: Antrag zum
Bundesparteitag der SPD3

Steuern und Finanzen

Christiane Breuer: Zu den Ergeb-
nissen der Politikwerkstatt.....4
Erhöhung der Grunderwerbs-
steuer – Investitionsbremse
für die Wirtschaft?.....6

Handwerk

AGSNRW zu Gast beim NRW-
Handwerk: Ausgezeichnete
Atmosphäre, große Überein-
stimmung7
AGSNRW gratuliert Dr. Köster
zum 65.!.....7

Infrastruktur

Minister Voigtsberger: Neue
Prioritäten im Straßenbau –
Ressourcen effizient und ver-
antwortungsvoll einsetzen.....8
AGS Herne / AK Umwelt der
SPD Herne: CargoCap – die
fünfte Transportalternative.....9

Service

Kurznachrichten10
Termine10
Impressum10

AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de
Internet: www.ags-in-nrw.de
Facebook: AGSNRW
Twitter: @agsnrw

Fortsetzung von Seite 1

steuer sind gerechter zu verteilen, aufkommensneutral durch Erhöhung der Freigrenzen und Anhebung der Steuerlast für ertragreiche Betriebe. Eine Staffelung der Gewerbesteuerbelastung wäre ebenso eine Lösung – nach dem Motto „Schwere Lasten auf starke Schultern“. Entsprechende Anträge hat die AGSNRW gestellt.

2. Die **Vergabepolitik** der Kommunen muss sich ändern. Es darf nicht mehr der bequemste Weg der Vergabe gewählt werden, der bedeutet: Aufträge in großen Losen an Generalunternehmer zu vergeben.

3. Die Kommunen müssen sich bemühen, sich zur „**Mittelstandsfreundlichen Stadt**“ zu entwickeln. **Wirtschaftsförderung** muss mehr sein als neue Gewerbegebiete auszuweisen. **Bestandspflege** ist mindestens ebenso wichtig!

Die soziale Gesellschaft braucht die soziale Stadt! Und die Stadt braucht ihre Unternehmen.



In diesem Sinne: Glück auf!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

Die AGS im Bund

AGS-Bundesausschuss tagte am 27.09. in Berlin

AGS kritisiert die Organisationsreform der SPD • Bundesausschuss stellt Anträge an den Bundesparteitag

Am 27.09.2011 tagte der Bundesausschuss der AGS im Willy-Brandt-Haus in Berlin. Der Bundesausschuss setzt sich zusammen aus Delegierten der AGS-Landesverbände, er tagt zweimal jährlich, meist in Berlin.

Die aktuelle Sitzung hatte u. a. die Orga-Reform der Partei und die Vorbereitung des Wirtschaftsempfangs von AGS und SPD auf der Tagesordnung.

Zum Thema Orga-Reform wurden Änderungsanträge für den Bundesparteitag im Dezember beschlossen, die inhaltlich deckungsgleich mit Anträgen der AGSNRW sind (wie bereits in den AGS:NACHRICHTEN berichtet).

Es wurde der Einsatz einer Kommission beschlossen, die sich mit einer Weiterentwicklung der Struktur der AGS beschäftigen soll. Ergebnisse sol-

len auf der nächsten AGS-Bundeskongress in 2012 vorliegen. NRW wird durch den AGS-Landesvorsitzenden vertreten.

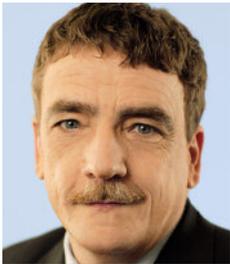
Die Vorbereitungen des traditionellen Wirtschaftsempfangs von Bundes-SPD und -AGS wurde abgeschlossen. Er findet am 8. November 2011 ab 17:00 Uhr im Willy-Brandt-Haus statt. Höhepunkt ist die Verleihung des Innovationspreises von AGS und SPD, in diesem Jahr unter dem Motto „Genossenschaften – ein traditionsreiches Wirtschaftsmodell mit innovativer Kraft“.

Ein Vorstellungsgespräch mit der neuen Mittelstandsbeauftragten der Bundestagsfraktion, Andrea Wicklein, musste krankheitsbedingt leider ausfallen. <

Dialog mit der NRWSPD

AGSNRW im Gespräch mit Mike Groschek

Am 12.10.2011 trafen sich Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands der AGSNRW in Düsseldorf mit Mike Groschek, Generalsekretär der NRWSPD.



Mike Groschek MdB,
Generalsekretär der
NRWSPD

Anlass für das Gespräch war der erhebliche Unmut vieler AGS-Aktiven über Teile der geplanten Parteireform, hier insbesondere die umfassenden Mitgliedsrechte der sog. Unterstützer-Mitglieder, die verbesserungsfähige Einbindung von Arbeitsgemeinschaften bei der Bildung von Themenforen und die in der zukünftigen Parteisatzung fehlende Festschreibung einer beratenden Mitgliedschaft der Vorsitzenden von Bundesarbeitsgemeinschaften im Parteivorstand.

Gelobt wurde von uns ausdrücklich der Leitantrag der NRWSPD zu die-

sem Thema („Partei in Bewegung“). Dieser enthält nämlich gegenüber den Entwürfen der Bundespartei einige Verbesserungen. Für das NRW-Papier gilt tatsächlich „Basis statt Basta“, wenn auch aus unserer Sicht noch nicht durchgängig.

Ein zweiter Themenkomplex des Gesprächs war die Zuarbeit der AGSNRW für Partei und Fraktion. Die AGSNRW wird sich weiter bei Themen einbringen, die für uns Selbständige relevant sind und bei denen wir durch unsere Kompetenz wertvolle Beiträge leisten können.

Insgesamt war das Gespräch ein sehr konstruktiver Austausch von Positionen, verbunden mit konkreten Hinweisen auf Mitwirkungsmöglichkeiten für uns. <

AGS / OV Kleve

Antrag zum Bundesparteitag der SPD in Berlin

Die AGS Kleve hat uns um Veröffentlichung des nachfolgenden Antrags zum Bundesparteitag gebeten:

Antrag des SPD-Ortsvereins Kleve an den Bundesparteitag der SPD, 04.-06. Dezember 2011, Berlin

Betreff: Tabakwarenverkauf auf lizenzierte Fachhändler einschränken

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bundesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktionen / die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, politisch darauf hinzuwirken, dass in Zukunft sämtliche Tabakwaren nur noch im dafür vorgesehenen Tabakwarenfachhandel erhältlich sind und der Verkauf von Tabakwaren an allen anderen Verkaufsstellen, inklusive Zigarettenautomaten, untersagt wird.

Begründung: Tabakwaren sind derzeit in Deutschland im Einzelhandel, an Tankstellen, in der Gastronomie und an Zigarettenautomaten erhältlich. Durch diese vielfältigen Zugangsmöglichkeiten, die zum Teil nicht zu kontrollieren sind, wird es Jugendlichen erleichtert, das für sie geltende Verbot des Erwerbs von Tabakwaren zu umgehen.

Diesem Zustand muss die SPD in ihrer politischen Arbeit entgegenwirken. Als Orientierung können hier die gesetzlichen Regelungen herangezogen werden, die in vielen EU-Mittelmeerstaaten gelten. <



Nachtrag: Besuch von Hannelore Kraft am Stand der AGSNRW beim Landesparteitag der NRWSPD am 24.09.2011 in Mülheim a.d. Ruhr.

»Steuern und Finanzen

Christiane Breuer

Zu den Ergebnissen der Politikwerkstatt

Im Rahmen des Arbeitskreises „Finanzen“ der AGSNRW bzw. der vom Bundesvorstand der AGS eingerichteten Politikwerkstatt „Steuern und Finanzen“ sind folgende Anträge der AGS entwickelt und zum ordentlichen Bundesparteitag 2011 eingereicht worden:

Einkommensteuer

In Abänderung zu dem im Leit Antrag 2010 beschlossenen Einkommenssteuertarif fordert die AGS – angesichts der günstigen Wirtschaftsentwicklung –, dass auch die mittleren Einkommensbezieher (Facharbeiter, Freiberufler, Angestellte mit gehobenen Qualifikationen) entlastet werden: Begradigung des Mittelstandsbauchs!

Der geltende Einkommensteuertarif ist demnach so zu verändern, dass beginnend mit dem gültigen Eingangsteuersatz von 14 % nach dem Existenzminimum eine linear progressive Steigerung bis zu einem neuen Spitzensteuersatz von 49 % bei 58000 € vorgenommen wird. Die Körperschaftsteuer ist entsprechend anzupassen.

Mit diesem Antrag wird ein erheblich (leistungs)gerechteres ESt-Modell in die sozialdemokratische Debatte eingeführt. Anders als bisher wird der geltende steile Progressionsanstieg im untersten Einkommensbereich, der in der Folge zum sog. Mittelstandsbauch führt, nicht beibehalten, sondern zugunsten einer einzigen linear progressiven Steigerung bis zum neuen Spitzensteuersatz von 49 % „geglättet“. Dies führt trotz des Spitzensteuer-Starts bei jährlich 58000 € zu versteuerndem Einkommen (Single) zu einer deutlichen Steuerentlastung der Klein-, Mittel- und Gutverdiener

bis zu einem zu versteuernden Single-Jahreseinkommen von 65000 €. Dies führt zur Stärkung und Ankurbelung

der Binnennachfrage. Der vorgeschlagene Ansatz ist annähernd aufkommensneutral.

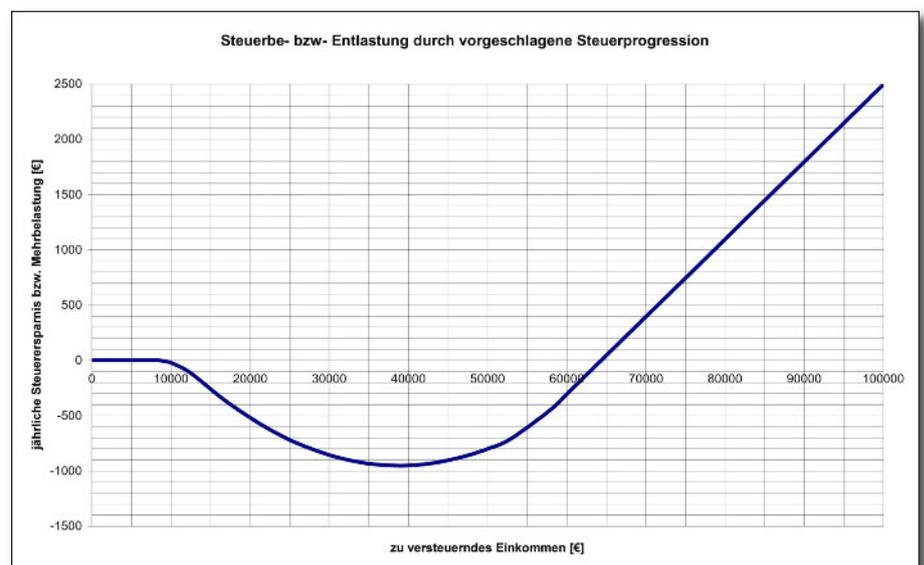


Diagramm: Jährliche Steuerbe- bzw. Entlastung in Euro in Abhängigkeit des zu versteuernden Einkommens

Gewerbsteuer

1. Die AGS unterstützt den Erhalt der Gewerbesteuer und fordert zugleich wirksame Maßnahmen gegen die Gewinnverlagerung international agierender Unternehmen ins Ausland.

Die Gewerbesteuer spielt eine wesentliche Rolle für unsere Städte und Gemeinden, u. a. zum Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur, an welcher sämtliche Unternehmen partizipieren.

Die AGS fordert bei sämtlichen Maßnahmen zur Stärkung der Gewerbesteuer jedoch, dass nicht nur die ausschließlich national agierenden Unternehmen die Zeche zahlen müssen. Deshalb sind gleichfalls wirksame Maßnahmen gegen die Gewinnverlagerung international agierender Unternehmen ins Ausland zu treffen, die nicht im Konflikt mit den Diskriminierungs- und Beschränkungsverboten der Grundfreiheiten des EG-Vertrags stehen.

(Forts.)

Vor diesem Hintergrund begrüßt die AGS Planungen der EU zur Koordinierung der Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung. Eine Harmonisierung der Steuersysteme (Bemessungsgrundlagen und Steuersätze) kann dabei helfen, wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten zu reduzieren und den Euro zu stärken.

2. Die geplante Erweiterung der Bemessungsgrundlage durch Ausweitung der Hinzurechnungen sowie die Einbeziehung der freien Berufe geht mit folgenden Maßnahmen einher:

a. der Risikofaktor zur Bewertung von Mittelstandskrediten im Bankenaufsichtsregime wird künftig von 75 auf 60 % abgesenkt und die Grenze, bis zu der Mittelstandskredite den Vorteil eines reduzierten Risikogewichts erhalten, wird von bisher 1 Mio auf 2 Mio € Kreditsumme erhöht.

Sofern eine Erweiterung der Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer umgesetzt werden soll, muss dies mit einer deutlichen Verbesserung der Kreditvergabepraxis im Bankensektor für den Mittelstand – insbesondere für die Soloselbständigen – einhergehen. Das Ergebnis darf nicht sein, dass sich zum einen die Kredite im Rahmen der durch die Finanzmarktkrise durchgeführten Bankenregulierung für den Mittelstand deutlich verteuern, und zum anderen diese Kosten auch noch dem zu versteuernden Gewinn zugerechnet werden. Schließlich ist ein gutes Finanzierungsum-

feld die Voraussetzung für eine hohe Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Die strengere Finanzmarkt- und Bankenregulierung (Basel III) darf nicht zu Lasten der Mittelstandsfinanzierung gehen.

Dennoch sollen Banken künftig Mittelstandskredite mit einem erhöhten Risikogewicht (75 Prozent) bewerten, demnach Banken mehr Eigenkapital für den vergebenen Mittelstandskredit hinterlegen müssen als in der Vergangenheit. Damit wird zum einen der Mittelstandskredit teurer, und zum anderen steht dieses Eigenkapital nicht mehr für die Kreditvergabe zur Verfügung. Das ist für die Selbständigen nicht hinnehmbar.

Des Weiteren sind auch reine Spekulationsgeschäfte am Finanzmarkt zu verbieten (vgl. den nach wie vor aktuellen AGS-Antrag zum außerordentlichen Bundesparteitag 2010: *„Keine Spekulation auf dem Finanzmarkt – Förderung der Realwirtschaft – Schutz des Volksvermögens“*), damit diese Gelder insbesondere der Realwirtschaft zur Verfügung stehen. Das Mindeste in diesem Zusammenhang ist die Erhebung einer Finanztransaktionssteuer, damit künftig auch das nicht in Unternehmen eingesetzte Vermögen sowie dessen rein spekulative Investition seinen gesellschaftlichen Beitrag leistet.

b. Die mit der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage einhergehende Gewerbesteuer-Belastung wird durch eine Erhöhung des Freibetrages und/oder die Einführung einer Staffel-Regelung gerechter verteilt – das kann aufkommensneutral gestaltet werden.

Die Forderung nach einer generellen Erhöhung des Freibetrags entspricht dem Grundsatz „Höhere Lasten auf stärkere Schultern“ und entlastet kleinere Unternehmen.

c. Es wird eine weitreichende – wenn möglich vollumfängliche – Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer (unabhängig von der Höhe des Hebesatzes) ermöglicht, und grundsätzlich ist keine Gewerbesteuer zu zahlen, sofern keine Einkommenssteuer anfällt.

Die geplante Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer wird seitens der AGS unterstützt, sofern eine weitestgehende – wenn nicht vollumfängliche – Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer, unabhängig von der Höhe des Hebesatzes, ermöglicht wird. Zudem sollte grundsätzlich keine Gewerbesteuer zu zahlen sein, sofern keine Einkommenssteuer anfällt. Damit sollen insbesondere eigenkapital- und ertragschwache Unternehmen mit hohem Fremdfinanzierungsanteil unterstützt werden. Da bei der Gewerbesteuer durch Hinzurechnungen die Bemessungsgrundlage deutlich höher ausfällt, kann es insbesondere bei den vorgenannten Unternehmen dazu kommen, dass mangels Einkommensteuer keine Anrechnung der zu zahlenden Gewerbesteuer durchgeführt werden kann. Eine derartige Gefahr hat durch die Ausweitung der Hinzurechnungstatbestände zugenommen. <

Christiane Breuer ist Leiterin der Politikwerkstatt „Steuern und Finanzen“ des AGS-Bundesvorstands

»Steuern und Finanzen

Steuerpolitik

Erhöhung der Grunderwerbssteuer – Investitionsbremse für die Wirtschaft?

Nun ist sie beschlossen: Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer in NRW. Von früher 3,5 % auf gleich 5 % wird die Belastung bei Grunderwerb ab dem 01.10.2011 steigen.

Dieses Vorhaben betrifft nicht nur die „Häusle-Bauer“ sondern auch die Wirtschaft. Eine Steuererhöhung von mehr als 40 % kann sich als Investitionsbremse erweisen, was die Konjunktorentwicklung negativ beeinflussen und dadurch auch den Arbeitsmarkt betreffen würde.

Dipl.-Volkswirt Josef Zipfel, Hauptgeschäftsführer des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages (NWHt), hat zu diesem Thema eine Stellungnahme abgegeben, auf die wir an dieser Stelle gerne hinweisen. Die Bedenken des NWHt gelten wohl für alle Unternehmen. Herr Zipfel kommt zu folgendem Fazit:

„Steuererhöhungen in einem so sensiblen Bereich wie dem Immobilien- und Bausektor wirken investitions- und wachstumsbehindernd und sind daher eine aus unserer Sicht wenig geeignete Maßnahme, die strukturelle Verschuldung in NRW zu beseitigen.“

Wir drucken an dieser Stelle den Anfang seiner Stellungnahme ab. Der vollständige Beitrag ist unter der folgenden Adresse erhältlich (PDF, 1.1 MB):

www.nwh.de/grunderwerbsteuer.pdf

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 28.06.11 zum Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und DIE LINKE, Drucksache 15 i 1924 (Neudruck), zum Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbssteuer.

Grundsatzposition des Handwerks und Bedeutung der Steuer

Der Erwerb von Immobilienvermögen ist für viele Handwerksbetriebe ein zentrales Element der betrieblichen Investitionsstrategie. Auch im Rahmen von zahlreichen Betriebsnachfolgeregelungen kommt es zur Übertragung von Betriebs- und Gewerbehallen oder von Geschäftsgrundstücken.

Insofern ist die Grunderwerbssteuer im Handwerk von erheblicher praktischer Relevanz. Aufgrund der steigenden Bedeutung von Immobilienvermögen als betriebliche und private Altersvorsorge werden auch im Handwerk die Investitionen in diesem Bereich in Zukunft noch weiter ansteigen.

Der Immobiliensektor in Deutschland hat sich während der Finanzkrise im Gegensatz zum Immobilienmarkt vieler Nachbarländer als stabil erwiesen und ist nun ein Träger

des wirtschaftlichen Aufschwungs. Dies gilt ebenso für die eng mit dem Immobiliensektor verbundene Konjunktur der Bauwirtschaft, welche nach vielen mageren Jahren wieder eine positive Entwicklung zeigt. Vor diesem Hintergrund sehen wir eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer um mehr als 40 % als kontraproduktiv an, da sie Investitionen verteuert und der konjunkturelle Aufschwung im Immobilien- und Bausektor unnötig behindert wird. Die Maßnahme schwächt die Bauwirtschaft und gefährdet daher Arbeitsplätze.

Hinzu kommt, dass die Nebenkosten des Immobilienerwerbs in Deutschland im internationalen Vergleich bereits jetzt schon sehr hoch sind, jede Erhöhung des Grunderwerbssteuersatzes verschärft diese Situation zusätzlich.

Das nordrhein-westfälische Handwerk steht daher einer Erhöhung der Grunderwerbssteuer sehr kritisch gegenüber. Die Begründung des Gesetzesvorhabens überzeugt uns angesichts folgender Argumente nicht:

1. „Dramatische Steuerausfälle“ in Nordrhein-Westfalen ?

In der Gesetzesbegründung werden u. a. „dramatische Steuerausfälle“ als Grund für die Erhöhung der Steuer angeführt [...]

»Handwerk

AGSNRW zu Gast beim NRW-Handwerk

Ausgezeichnete Atmosphäre, große Übereinstimmung

Am 12. Oktober 2011 folgten Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands der AGSNRW (André Brümmer, Christiane Breuer, Michael Henke und Susanne Brefort) sowie LV-Mitglied Klaus-Peter Duhme der Einladung der Handwerkskammer Düsseldorf zu einer Fortführung des Dialogs zwischen beiden Organisationen.

Das Gespräch fand in den Geschäftsräumen der Handwerkskammer statt. Gastgeber waren Herr Professor Schulhoff (Präsident der HWK DD) sowie die Hauptgeschäftsführer Herr Dr. Köster (HWK DD) und Herr Zipfel (Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag, NWHT). In der sehr guten Gesprächsatmosphäre nutzen die Teilnehmer die Möglichkeit des Meinungsaustausches nicht nur über aktuelle Gesetzesentwürfe des Landtags in NRW (wie dem Tariftreue- und Mittelstandsgesetz), sondern auch über bundes- und europapolitische Themen.

So äußerte das Handwerk Kritik am Tariftreuegesetz. Es ist der Meinung, dass ausschließlich das Vergaberecht zu überarbeiten sei und befürchtet eine ausufernde Bürokratie durch die Neueinführung vergabefremder Anforderungen.

Zumindest besteht zwischen den Gesprächsparteien Übereinstimmung, dass die aktuellen Vergabegrundsätze zu ändern sind, die in der Praxis zur Vergabe an den billigsten Anbieter führen. Die Kommunen sollten entsprechend den Vorgaben der VOB in die Lage versetzt werden, das „wirtschaftlichste“ Unternehmen bei der Ausschreibungen zu berücksichtigen. Die Auftragsvergabe der Kommune sollte sich nach altbewährten Quali-

tätsgesichtspunkten richten. Zudem sollten Ausschreibungstext und eigentliche Leistungsbeschreibung des ausgeschriebenen Auftrags in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen; schließlich muss die Verständlichkeit der geforderten Leistung und nicht das „Behörden-Deutsch“ im Vordergrund stehen.

Die bundes- und europarechtlichen Themen umfassten sowohl finanz- und steuerpolitische Aspekte (Eurokrise, Banken – und Finanzmarktregulierung, Gewerbesteuer) als auch den Austausch zur Netzpolitik.

Hinsichtlich der aktuell zu bewältigenden Wirtschafts- und Bankenkrise fordern beide Seiten eine straffere Finanzmarktregulierung, welche sich nicht – wie bisher – nachteilig auf die Kreditvergabe an Selbstständige bzw. das Handwerk auswirken darf. Zumal die Finanzkrise nicht von Klein- und Mittelständischen Unternehmen verursacht wurde, diese aber zu den Leidtragenden der Krise gehören.

Ein gemeinsames Anliegen von Handwerk und AGS ist ein Werben für mehr Ethik in der Wirtschaft. Selbstverantwortung und Eigen-Risiko müssen wieder zum wirtschaftlichen Handeln gehören.

AGSNRW gratuliert:

Dr. Köster zum 65.!



Am 28. Oktober feierte Dr. Thomas Köster seinen 65. Geburtstag. Dr. Köster wurde im Sauerland geboren und ist dreifacher Familienvater. Der

promovierte Volkswirt hat sich als langjähriger Hauptgeschäftsführer der HWK Düsseldorf und des NWHT um das Handwerk in NRW in besonderer Weise, weit über seine beruflichen Aufgaben hinaus, verdient gemacht, was mit einer Reihe von Ehrungen gewürdigt wurde. Der Erhalt und die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ist ihm ein besonderes Anliegen. Das gleichnamige Kompetenzzentrum der HWK Düsseldorf wird er als Leiter weiter führen, wenn er zum 01.11.2011 in den verdienten Un-Ruhestand tritt.

Die AGSNRW hat in den letzten 2 Jahren engen Kontakt zu ihm gehalten, es gab konstruktiven Austausch zu wirtschaftspolitischen Themen. Zu unserer letzten Ausgabe hat Dr. Köster einen Gastartikel zu Basel III beigetragen („Quo vadis, Mittelstandsfinanzierung?“).

Die Nachfolge von Dr. Köster als Hauptgeschäftsführer der HWK Düsseldorf wird sein bisheriger erster Stellvertreter, Dr. Axel Fuhrmann, antreten. Er wurde einstimmig von der Vollversammlung der Kammer gewählt.

Aktuelles Interview mit Dr. Köster: [»Das Handwerk ist Zukunft«](#)

»Infrastruktur

Minister Harry K. Voigtsberger:

Neue Prioritäten im Straßenbau – Ressourcen effizient und verantwortungsvoll einsetzen

Für Handel, Handwerk und Gewerbe ist eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur unverzichtbar! Da ist es interessant, welche Ziele das NRW-Verkehrsministerium hat.

Geld ist kaum da, weder beim Bund, noch beim Land. Bundesverkehrsminister Ramsauer investiert lieber in bayerische Projekte – auf seine Hilfe für NRW dürfen wir nicht bauen. Aber was hat Rot-Grün mit NRWs Strassen vor? Unser grüner Koalitionspartner hat vermutlich eher Wanderwege für Kröten und sichere Radwege für die noblen Vorort-Quartiere im Sinn. Das nützt dem gewerblichen Nah- und Fernverkehr aber nur wenig. Nur planlos in Beton zu investieren (so ein Vorwurf der Grünen an die SPD), ist keine zukunftsweisende Verkehrs- und Infrastruktur-Politik. Dafür fehlt nicht nur das Geld, es ist auch unverantwortlich. Minister Voigtsberger macht aus der Not eine Tugend: Statt Wunschzettel der Lokalpolitiker unkritisch zu übernehmen, beschränkt er seine Planungen auf das Machbare. Für Politiker ist diese Vorgehensweise ungewöhnlich. Es wird dem Minister nicht überall Beifall einbringen, ist aber ehrlich. Manch ein Bürgermeister wird nun auf Düsseldorf zeigen und über die Landesregierung herfallen. Dabei ist vielen Bürgern längst klar, dass es den Mangel zu verwalten gilt. Wer die Schlaglöcher des letzten Winters vor seiner Haustür sieht, träumt nicht von neuen Umgehungsstrassen, so wünschenswert sie im Einzelfall auch sein mögen. Eine generelle Absage an neue Projekte gibt es trotzdem nicht. Das wäre ebenso unverantwortlich.

Am 22.9.2011 erklärte der Minister sein Konzept für Erhaltung und Ausbau der Straßen-Verkehrswege in NRW.

„Neue Prioritäten im Straßenbau – Ressourcen effizient und verantwortlich einsetzen“



Harry K. Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr

Angesichts sinkender Mittel für den Neu- und Ausbau von Straßen hat die Landesregierung die Prioritäten für Straßenbauvorhaben in NRW überarbeitet.

„Es war dringend an der Zeit, die Planungen für den Neubau von Fernstraßen zu konzentrieren. Seit Jahren ist klar, dass die zur Verfügung stehenden Gelder nicht ausreichen, um die geplanten Vorhaben umzusetzen. Weitere Kürzungen auch des Bundes stehen an. Gleichzeitig müssen wir stärker in den Erhalt des bestehenden Straßennetzes investieren, um die Substanz zu erhalten. NRW beweist als erstes Bundesland den Mut, Wahrheiten offen auszusprechen und Prioritäten zu setzen, um die Ressourcen verantwortlich einzusetzen“, sagte Verkehrsminister

Harry K. Voigtsberger am 22.09.2011 in Düsseldorf.

Bei den vorrangigen Planungen konzentriert sich das Verkehrsministerium auf besonders wichtige und einigermassen reibungslos zu realisierende Projekte, für die es einen gesetzlichen Planungsauftrag aus den bestehenden Bedarfsplänen (Landesstraßenbedarfsplan und Bedarfsplanmaßnahmen des Bundes) gibt.

Entscheidende Kriterien sind die Umsetzbarkeit und die allgemeine Akzeptanz vor Ort. Mit Vorrang werden jetzt 37 Landesstraßenprojekte mit einem Volumen von 224 Mio. € und 96 Baumaßnahmen von Autobahnen und Bundesstraßen mit einem Volumen von 4,3 Mrd. € weiter geplant.

„Es ist uns besonders wichtig, den Ausbau der hoch belasteten Autobahnen und Kreuze weiter zu führen. Nur so lässt sich das Netz schnell und effektiv verbessern“, erklärte Horst Becker, Parlamentarischer Staatssekretär für Verkehr. Zu den Vorhaben mit Priorität zählen der Ausbau der A40 und A43 im Ruhrgebiet sowie der A3 auf dem Kölner Ring; aber auch die A1 im Münsterland und die A59 zwischen Köln und Bonn. ◀

➤ *Pressemitteilung des Ministeriums*

AGS Herne / AK Umwelt der SPD Herne

CargoCap – die fünfte Transportalternative

Die A 40 ist immer voll, man steht im Dauerstau, sie ist vom Ruhrschnellweg zum Ruhrschleichweg geworden und deshalb als Verkehrsachse unattraktiv und uninteressant – das ist das gängige Vorurteil gegenüber dieser Bundesautobahn, so dass es schon früh Ideen und Versuche der Entlastung gab.

Eine neue Möglichkeit der Entlastung ist, den Frachtverkehr unter die Erde zu verlegen – allerdings nicht in teuren Autobahntunneln, sondern in einem völlig neuartigen System – dem CargoCap-System. Das ist ein völlig neuartiges Verkehrssystem, d.h. die fünfte Transportalternative zu Straße, Schiene, Wasser, Luft, das von einem Forschungsteam unter der Leitung von Prof. Dr. Dietrich Stein an der Ruhr- Uni Bochum entwickelt wurde.

Individuell elektrisch angetriebene, computergesteuerte Fahrzeuge (Caps) fahren schienengebunden in einem unterirdisch verlegten Fahrrohrleitungssystem mit nur 2,00 m Durchmesser mit 36 km/h. Ferngesteuert sollen sie all das von A nach B bewegen, was, so Stein, „durch die Wohnungstüren der Haushalte transportiert wird, vom Kühlschrank bis zum Fernseher“. Die Ware steht auf zwei Euro-Paletten, jede 1,20 m lang, 0,80 m breit und 1,25 m hoch. Das entspricht etwa 600 Kilogramm Ladung. Stein: „80 Prozent des Güterverkehrs wird heutzutage mit diesen Paletten transportiert.“ CargoCap könnte zu einer erheblichen Entlastung und Qualitätsverbesserung hinsichtlich Schnelligkeit und Zuverlässigkeit des Güterverkehrs im Ruhrgebiet beitragen. Die für den Transportweg erforderlichen Röhren werden mittels Vortriebstechnik ohne großen Aufwand unterirdisch verlegt. Das bedeutet, dass Baustellen mit offener Bauweise nicht für den Röhreneinbau, sondern nur punktuell für den Bau der Start- und Ziel-schächte erforderlich sind. Beladen werden die Caps von Rampen aus, wo-

bei die für jedes Transportsystem kompatiblen Europaletten benutzt werden, was für den reibungslosen Transportablauf erforderlich ist.

Doch nicht nur die betriebliche Wirtschaftlichkeit ist auf der Seite von CargoCap, sondern auch die Herstellungskosten der Transportwege sprechen für dieses neuartige System. Während für die Erweiterung (2-spurig) für einen Kilometer Autobahn Baukosten in Höhe von 15 bis 30 Mio € veranschlagt werden müssen, fallen für den Bau der Doppelrohrleitungen aus Stahlbeton Kosten pro Kilometer in der Höhe von ca. 6 Mio € an.

Die Caps werden elektrisch angetrieben, d. h. es entsteht keine Umweltbelastung durch Abgase o.ä.; insofern ist ihr Einsatz auch ein Beitrag zur Reduzierung des Schadstoff- und Feinstaubausstoßes und durch die Senkung des CO₂-Ausstoßes ein Beitrag zur Verringerung der Folgen eines weltweiten Klimawandels.

Nicht nur von Laien, sondern auch aus der Politik gibt es bereits Zustimmung zu diesem Projekt, in das schon Fördermittel des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung geflossen sind. Die damalige Wissenschaftsministerin und heutige Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: „Das Ergebnis des Gutachtens ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Marktreife. Nun ist die Wirtschaft gefordert, dieses innovative Konzept in die Praxis umzusetzen.“ Es ist aber auch die Politik gefordert, den Rahmen für eine Innovation zu schaffen, die die Verkehrsentwicklung der Zukunft entscheidend mitgestalten kann.

Es existiert eine Marktpotential-Analyse, die die Ruhrgebietstrasse Dortmund-Duisburg zugrunde legt und eine Strecke von 80 Kilometern mit 24 Stationen (u.a. Flughafen DO, Indupark, Ruhrpark, Centro) veranschlagt, wobei 18 Stationen oberirdisch und 6 Stationen unterirdisch angelegt sind. Deutlich werden bei den Wirtschaftlichkeits-Vorträgen die unterschiedlichen Kosten für den Bau von 1 km Fahrrohrleitung (CargoCap, 3,2 Mio. €), Autobahnerweiterung von 2 auf 3 Spuren (10-30 Mio. €) und Tunnelbau (rd. 100 Mio. €).

Durchgeführt wurde die Analyse von der RUFIS Bochum unter der Leitung von Prof. Helmut Karl; gefördert wurde sie vom NRW-Verkehrsministerium. Sie kommen zum Ergebnis, dass die deutlich niedrigeren Betriebskosten langfristig die gegenüber dem herkömmlichen Lkw-Transport höheren Investitionskosten ausgleichen.

Am 2. Februar 2009 hatte eine vom stellvertretenden Vorsitzenden der AGS Herne, Derk Schmithals, zusammengestellte Gruppe der Herner SPD die Möglichkeit, die Modellanlage dieses Systems zu besichtigen. Am 12. Februar 2010 veranstaltete CargoCap, mittlerweile marktreif entwickelt, eine Fachtagung. Die überaus positive Reaktion hat gezeigt, dass innovative Verkehrstechnologien nicht nur dem Verkehr, sondern auch der Wirtschaft nachhaltig helfen können. Dass sie auch die Umwelt schützen, weiß Derk Schmithals, der auch Leiter des AK Umwelt des UB Herne ist, sehr zu schätzen.

Kurznachrichten

Nach Redaktionsschluss ...

Kooperation für niedrigere Abbrecherquote bei Jugendlichen

Am 6. Oktober 2011 fand in Gelsenkirchen unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters Frank Baranowski (SPD) eine gemeinsame Veranstaltung des **Internationalen Unternehmerverbandes (IntUV) RuhrStadt e.V.** und des **Eduard-Spranger-Berufskollegs** statt. Dabei wurden mehr als 17 Jugendliche in betriebliche Praktika vermittelt. Die Kooperation wurde gegründet, um die enorme Abbrecherquote eines Bildungsjahrgangs bei Jugendlichen zu verringern. In der nächsten Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN werden wir ausführlich über die Veranstaltung berichten. <

Weitere Kurznachrichten aus dem *mediafon-Newsletter* (Herausgeber: *mediafon Selbständigenberatung GmbH, ver.di-Referat Selbständige*):

PC-Rundfunkgebühr: GEZ zahlt Gebühren für Rechner im Home-Office zurück

Wer derartige Gebühren gezahlt und noch nicht zurückgefordert hat, sollte das jetzt tun.

➔ [Details bei mediafon.net](#)

Elektronische Signatur: Jetzt ist sie wirklich Geschichte

Per E-Mail oder sonstwie elektronisch übermittelte Rechnungen sind künftig auch dann zum Vorsteuerabzug zugelassen, wenn sie nicht „qualifiziert elektronisch signiert“ sind. Das gilt rückwirkend für alle Umsätze, die ab dem 1.7.11 ausgeführt wurden.

➔ [Details bei mediafon.net](#)

Gründungszuschuss: Gesetz zur Kürzung zunächst gestoppt

Die vom Bundestag beschlossenen Verschlechterungen für den Gründungszuschuss werden nicht, wie geplant, zum 1. November in Kraft treten. Der Bundesrat verwies das entsprechende Gesetz an den Vermittlungsausschuss und verlangte insbesondere, alle beschlossenen Verschlechterungen aus dem Gesetz zu streichen.

➔ [Details bei mediafon.net](#)

Krankengeld: Krasse Preisunterschiede bei Wahlтарifen

Extreme Preisunterschiede hat die Stiftung Warentest bei den „Wahlтарifen Krankengeld“ der gesetzlichen Krankenkassen für Selbstständige festgestellt.

➔ [Details bei mediafon.net](#)

Termine

Was ist wann los in NRW?

November 2011

Do., 03.11.2011, 19:00 Uhr

AGS Bottrop

▶ Unternehmerstammtisch „Wellness-Herbst: Rückenschule“, inkl. Vortrag und praktischen Übungen mit einer Physiotherapeutin. „Cottage“, Herzogstr. 58, Bottrop

Mi., 09.11.2011, 19:00 Uhr

AGS Recklinghausen

▶ Netzwerken im Ruhrgebiet, inkl. 4-Gänge-Menü. Hof Holz, Braukämperstr. 80, 45899 Gelsenkirchen-Beckhausen

Mi., 16.11.2011, 17:30 Uhr

AGS Dortmund

▶ „Politischer Salon“ zum Thema Soloselbständigkeit. ZfG (Union Gewerbehof), Huckarder Str. 2-8, 44147 Dortmund

Do., 17.11.2011, 18:30 Uhr

AGS Recklinghausen

▶ Bürogolf-Turnier beim CJD Herten (Anmeldeschluss: 11.11.). CJD Herten, Langenbochumer Str. 379, Herten

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint etwa Mitte Dezember, Redaktionsschluss ist **Freitag, der 09.12.2011**. Manuskripte (.doc, .odt, .rtf, .txt), Fotos (.jpg) und Grafiken (.gif, .png) bitte an die Adresse redaktion@ags-in-nrw.de senden!

Weitere Details und aktuelle Veranstaltungshinweise im Netz:

➔ www.ags-in-nrw.de/termine.htm



**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**

Die AGS in NRW.

Bis zur nächsten Ausgabe!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

